

## 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>24.10.2013</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:36 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:14 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Pickel, Sascha	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Beekhuis, Jochen	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Behrends, Kuno	SPD	
Bruns, Christof		
Carow, Johanne	FW	
Eiben, Florian		
Frerichs, Theo	CDU	
Hülsebus, Dieter		
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Odens, Roelf	CDU	
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
<b>Grundmandat</b>		
Roß, Jan	DIE LINKE	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Grensemann, Monika		Erzieherin aus dem Kita-Bereich
Hillen, Anette		Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird
Hohensee, Maren		Richterin des Jugendgerichts

Homann, Jürgen	Kreisjugendpfleger
Imhoff, Karin	Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich
Kluin, Dietmar	Vertreter für den Kinderschutz
Kostka, Anja	Vertreterin der ev. Kirche Ver- tretung für Herrn Klaas Gren- semann
Pahl, Dennis	Vertreter der kath. Kirche
Rewerts, Silke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich Vertretung für Frau Frauke Jelden
Störiko, Andrea Dr.	Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes
Wunsch, Jutta	Leiterin des Fachamtes
<b>Verwaltung</b>	
Buss, Thomas	Protokollführer
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Biller, Anita	SPD	
Hoogstraat, Dietmar		Vertretung für Herrn Tim Moli- tor
Molitor, Tim		

**Beratende Mitglieder**

Ewen, Christian	Vertreter des Jobcenters
Grensemann, Klaas	Vertreter der ev. Kirche
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich
Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländi- sche Kinder u. Jugendliche

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Be-  
schlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
vom 30.05.2013
4. Vorstellung des Pro-Aktiv-Centers des Amtes für Kinder- Ju-  
gend und Familie



5. Sachstandsbericht zur Einrichtung der kreiseigenen Inobhutnahme und Clearingstelle
  6. Berichterstattung über die Entwicklung der Fallzahlen in der Vormundschaft (entsprechend des Vorschlags in der Ausschusssitzung vom 30.05.2013)
  7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
  8. Schließung der Sitzung
- 

Öffentlicher Teil:

**TOP 1            Eröffnung der Sitzung**

**Der Vorsitzende** eröffnete um 15.36 Uhr die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß die Anwesenden willkommen.

---

**TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Der Vorsitzende** stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

---

**TOP 3            Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 30.05.2013**

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig, die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 30.05.2013 zu genehmigen.

**Der Vorsitzende** begrüßte im Anschluss **Abg. Altmann** und **Dennis Pahl** als neue Mitglieder des Ausschusses. Herr Pahl tritt als beratendes Mitglied für die katholische Kirche die Nachfolge von Frau Holle an und wurde seitens des Vorsitzenden per Handschlag für die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss verpflichtet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14            Nein-Stimmen: 0            Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 4            Vorstellung des Pro-Aktiv-Centers des Amtes für Kinder-Jugend und Familie**

**KOAR Wunsch** berichtete, dass das Pro-Aktiv-Center aufgrund seines Förderschwerpunktes in Anknüpfung an das SGB VIII zum 01.03.2011 von der Kreisvolkshochschule übernommen wurde. Das Projekt konnte in das



Fachamt integriert und durch Bildung von Regionalbüros dezentral in Aurich und Norden verortet werden. Im Anschluss stellte **Dipl.-Päd. Lüschen** anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation die Rahmenbedingungen des Projekts vor.

Auf Nachfrage von **Abg. Meyerholz** erläuterten **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** und **Dipl.-Päd. Lüschen**, die Betreuungszahlen für das Jahr 2012. Als Gegenstand der Betrachtung würde momentan ein Zeitpunkt nach 4 Wochen sowie nach 6 Monaten zugrunde gelegt. Um die Wirksamkeit des Projektes im Sinne der Nachhaltigkeit zu kontrollieren, sei zukünftig eine Langzeituntersuchung geplant.

**Der Vorsitzende** wünschte dem Projektteam im Namen des Ausschusses für die weitere Arbeit viel Erfolg.

---

**TOP 5**                    **Sachstandsbericht zur Einrichtung der kreiseigenen Inobhutnahme und Clearingstelle**

**KOAR Wunsch** erinnerte an die Beschlussfassung, in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe eine kreiseigene, sozialräumlich orientierte Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung zu schaffen und stellte dem Ausschuss mit **Dipl.-Soz.-Päd. Ewald** den Leiter der Einrichtung vor. **Dipl.-Soz.-Päd. Ewald** berichtete über den derzeitigen Sachstand der Umsetzung.

Nachdem nunmehr ein Grundstück zur Verfügung stehe, können jetzt mit dem Bau begonnen werden. Mit der Fertigstellung und Betriebsnahme der Einrichtung sei bis zum Frühsommer zu rechnen. Neben Fragen der Personalauswahl und Organisation werde er sich bis dahin insbesondere um eine weitere Verfeinerung der Konzeption bemühen und in diesem Zusammenhang auch das Gespräch mit den freien Trägern hinsichtlich der Verzahnung mit den geplanten familientherapeutischen Wohngruppen suchen.

Unter Verweis auf die Konzeption und die im Ausschuss über einen Zeitraum von zwei Jahren diskutierte Motivlage unterstrich **EKR Dr. Puchert** die besondere Ausrichtung der geplanten Einrichtung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den freien Trägern. In der Vergangenheit seien viele Optionen für den Kauf und Umbau unterschiedlicher Gebäude geprüft worden. Letztendlich habe sich jedoch die Errichtung eines Neubaus auf einem kreiseigenen Grundstück als wirtschaftlich sinnvollste Alternative erwiesen. Hierfür stehe im Kreishaushalt ein Betrag von 750.000 EUR zur Verfügung.

Angesichts des eng gesteckten Marktes an Pädagogen stelle sich die Herausforderung, bis zur Inbetriebnahme der Einrichtung ein qualifiziertes Team an Mitarbeitern zusammenzustellen. Des Weiteren sei der Aufbau eines Netzwerkes mit Kontakten beispielsweise zur Justiz oder zur Polizei eine große Bedeutung beizumessen. **Dipl.-Soz.-Päd. Ewald** werde die Bauphase vor allem für die Netzwerkarbeit nutzen, um zur Inbetrieb-

nahme auf eine qualitativ breite Partnerschaftsbasis zurückgreifen zu können.

**Abg. Meyerholz** zeigte sich in Anbetracht der angrenzend geplanten Umgehungsstraße bezüglich der Grundstückswahl überrascht und erkundigte sich nach etwaigen Konflikten in der Erschließung. Da das Grundstück nicht über die Umgehungsstraße, sondern über die angrenzenden Liegenschaften der Kreisvolkshochschule erschlossen wird, seien diese nach Mitteilung von **EKR Dr. Puchert** nicht zu erwarten.

Unter Bezugnahme auf die im Bericht für das Jahr 2011 ausgewiesene Zahl von 115 Inobhutnahmen bat **Abg. Altmann** um eine Prognose, inwieweit die geplante Zahl von Plätzen ausreiche. **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** berichtete, dass bundesweit eine eindeutige Zunahme im Bereich der Inobhutnahme zu verzeichnen sei. Um diesem Trend entgegenzuwirken, habe das Amt für Kinder, Jugend und Familie in einem ersten Schritt den Altersbereich für Kinder bis zum 10. Lebensjahr über die Neukonzeption der Familiären Bereitschaftsbetreuung professionalisiert. Die kreiseigenen Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung sei konsequenter Weise der nächste Schritt. Dabei könne die Einrichtung nicht alle Inobhutnahmen im Landkreis Aurich abwickeln, sondern markiere den Beginn einer neuen Steuerung des Übergangs in die Jugendhilfe.

Zur abschließenden Bewertung von Bedarfen müssten in den nächsten Jahren zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Wie **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** weiter ausführte, gelte dies insbesondere auch für die Zusammenarbeit mit den angegliederten familientherapeutischen Wohngruppen mit dem Ziel, nach einem qualifizierten Clearing zur Vermeidung von langfristigen Heimunterbringungen eine nachhaltige Begleitung bei der Rückführung in die Familien zu gewährleisten.

Auf weitere Nachfrage von **Abg. Altmann** erklärte **Dipl.-Soz.-Päd. Ewald**, dass in Zusammenarbeit mit dem amtsinternen Controlling für das Jahr 2014 Auswertungen erstellt würden, die Rückschlüsse über die Sozialstruktur zulassen.

**Abg. Carow** bewertete die Umsetzung des Projektes positiv, erinnerte aber gleichzeitig an eine noch nicht beantwortete Anfrage der Kreistagsfraktion der Freien Wähler. **EKR Dr. Puchert** entgegnete, eine Antwort auf die Anfrage bereits zwei Tage vor Sitzungstermin unterschrieben und an den Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet zu haben. In der Sache selbst sei die Anfrage in Anlehnung an eine kürzlich veröffentlichten Presseberichterstattung berechtigt gewesen, da in diesem Zusammenhang ein verheerendes wie gleichzeitig auch falsches Bild über die Anzahl der Inobhutnahmen im Landkreis Aurich nachgezeichnet wurde.

Entgegen der Berichterstattung sei das offensichtliche Gefälle zwischen 200 Inobhutnahmen im Landkreis Aurich und 25 bzw. 36 in Emden und Leer durch eine unterschiedliche Zählweise zu erklären. So hätten die Nachbarkommunen als Inobhutnahme lediglich solche gewertet, in denen eine Zustimmung des / der Sorgeberechtigten vorliegen. Seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde dementsprechend nicht differenziert und die absolute Fallzahl gemeldet.

Bei einem gleichen Maßstab in der Zählweise läge die Zahl der Inobnahmen im Landkreis Aurich mit 11 Fällen unterhalb der Fallzahl des Landkreises Leer im selben Zeitraum. Gleiches gelte auch für den Bereich der Heimunterbringung, mit fallender Tendenz. Die genauere Betrachtung der Fallzahlen zeige das überraschende Bild, dass der Landkreis Aurich in den Jahren 2011 und 2012 deutlich besser dastehe, als die umliegenden Kommunen.

**Frau Imhoff** freute sich über den Fortgang des Projektes und hob die Funktion der neuen Einrichtung als Anlaufstelle für die Polizei hervor. **KOAR Wunsch** unterstrich diese Funktion insbesondere mit Blick auf die Schaffung von zwei Krisenplätzen.

---

**TOP 6**            **Berichterstattung über die Entwicklung der Fallzahlen in der Vormundschaft (entsprechend des Vorschlags in der Ausschusssitzung vom 30.05.2013)**

**EKR Dr. Puchert** verdichtete die gesetzlichen Änderungen zur Vormundschaft bezüglich der Besonderheit, dass der Gesetzgeber eine Zahl von 50 Fällen je Vollzeit-Vormund reglementiere. Aufgrund des Charakters einer „Soll-Vorschrift“ sei der öffentliche Träger der Jugendhilfe an die Fallzahlgrenze unmissverständlich gebunden und könne diese nur in absoluten Ausnahmefällen temporär überschreiten.

Zur Umsetzung des neuen Vormundschaftsrechts seien zunächst 6 Vollzeit-Vormünder eingesetzt worden. Im Laufe der Zeit habe man sich sukzessive der Grenze von 300 Fällen und somit einer Überschreitung der Fallzahlobergrenze genähert. Mittlerweile sei die Zahl auf 343 Fälle angestiegen, die sich unterschiedlich auf die jeweiligen Mitarbeiter verteilen würden. Man sei sich im Hause einig, der Fallzahlüberschreitung entgegenwirken zu müssen. Um einer etwaigen Abnahme der Fallzahl zu begegnen, sei einerseits jedoch über flexible Modelle nachzudenken, andererseits sei aber auch klar, dass man bei einer nachhaltigen hohen Fallzahl um den Einsatz eines zusätzlichen Mitarbeiters nicht umhinkomme. Um der notwendigen Flexibilität gerecht zu werden, könnten ggf. freie Spitzen bei anderen Mitarbeitern zum Abfangen der Fallzahlbelastung genutzt werden.

**Abg. Meyerholz** rief in Erinnerung, dass in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses noch eine Fallzahl von 42-45 Fällen je Mitarbeiter/in angepeilt wurde. In Anbetracht der aktuellen Fallzahl müsste nunmehr eine Vollzeitstelle geschaffen werden. Er habe ein Problem damit, dass die gesetzlichen Auflagen nicht erfüllt würden.

Nach Mitteilung von **EKR Dr. Puchert** werde in Kürze eine Mitarbeiterin zurückkehren und den verstetigten Mehrbedarf abdecken. Dem flexiblen Mehrbedarf werde im Nachhinein begegnet. Es gebe im Hause den

Konsens sicherzustellen, jeden Vormund nicht mit mehr als 50 Fällen zu belasten. Es sollte jedoch auch keinen Personalbestand geben, der ohne Arbeit dastehe.

**Abg. Altmann** schlug vor, künftig laufend in den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses über die Entwicklung der Fallzahlen zu berichten. **EKR Dr. Puchert** stand dem Vorschlag positiv gegenüber.

---

**TOP 7**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 8**      **Schließung der Sitzung**

**Der Vorsitzende** schloss um 16.50 Uhr den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und bat die Öffentlichkeit, zum Übergang in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung den Tagungsraum zu verlassen.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Pickel  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Buss  
Protokollführer